

### Wohnen in Potsdam

Der von Anita Tack, DIE LINKE, begründete Antrag, zum Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten, wurde einstimmig in den Bauausschuss überwiesen. Anita Tack hatte erläutert, dass es der LINKEN darum geht, genau festzulegen, wo gebaut werden soll, welche technische und soziale Infrastruktur zu schaffen ist, welche Fördermöglichkeiten es für den sozialen Wohnungsbau gibt und wo altersgerechter Wohnraum angesiedelt werden soll.

### Straßensanierung

Ob die Verwaltung einen Vorschlag für die Prioritätensetzung bei notwendigen umfangreichen Straßensanierungsmaßnahmen erarbeiten soll, wie von der Fraktion DIE LINKE beantragt, soll im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen erörtert werden.

### Radweg am Neuen Garten

Der von Ralf Jäkel, DIE LINKE, begründete Antrag, zügig einen Alternativvorschlag für die Radwegführung zwischen der Gotischen Bibliothek und dem Haupteingang des Neuen Gartens zu erarbeiten, wird noch einmal im Ausschuss beraten.

### Lärmschutz

Obwohl der zuständige Beigeordnete meinte, dass dieser Antrag der LINKEN die ohnehin schon dicke Akte zur Nuthestraße noch dicker machen würde, diskutieren die Ausschüsse darüber, ob der Oberbürgermeister in Gesprächen mit der Landesregierung darauf drängen soll, dass geeignete Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner der Nutheschneelstraße geplant und durchgeführt werden. Rolf Kutzmutz, DIE LINKE, erinnerte daran, dass über das Thema seit langem gesprochen wird, von Seiten des Landes

bislang derartige Maßnahmen jedoch auf Grund der Aktenlage abgelehnt werden. Deshalb machen Vor-Ort-Gespräche mit Vertretern des Landes, der Stadt und den Anwohnern durchaus Sinn, denn nicht immer entspricht die Aktenlage den tatsächlichen Gegebenheiten.

### Integration der Asylbewerber

Die LINKE will erreichen, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Träger des Asylbewerberheimes und den verschiedenen Trägern im Wohngebiet Am Schlaatz ein Begleitkonzept zur Integration der Asylbewerber erarbeitet, so Hella Drohla, die den entsprechenden Antrag begründete. Die SPD sah noch Klärungsbedarf und so berät nun der zuständige Ausschuss über das Anliegen.

### Gemeindezentrum

Auf Antrag der LINKEN wird der Hauptausschuss darüber abschließend beraten, ob der Oberbürgermeister nach entsprechenden Vorgesprächen ein Arbeitsgremium einrichten soll, das zeitnah eine Lösung für den Bau eines Gemeindezentrums für die russisch-orthodoxe Gemeinde erarbeitet.



### Wussten Sie schon

dass die Fußgängerphase bei Ampelschaltungen genau festgelegt ist, nämlich 1,2 Meter pro Sekunde beträgt. Dies erläuterte der Beigeordnete den erstaunten Stadtverordneten.

### Was – wann – wo

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr  
19. und 26. Oktober; 02.; 09. und 16. November 2009

**13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam**  
Stadthaus, Plenarsaal  
04. November 2009, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen „Rathausreport live“**  
Altes Rathaus – Potsdam Forum, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam  
08. November 2009, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 8/2009**  
Stadthaus, Raum 3.107  
13. bis 19. November 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:		
13. November 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
14. November 2009	09:30 Uhr	Markt-Center, Breite Straße
	10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

**Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL**  
am 27.10.2009 von 17 – 19 Uhr  
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

**Unterschriftensammlung Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“**  
Listen liegen u. a. aus im Stadthaus, Fraktion DIE LINKE - Raum 3.107; Bürgerbüro Dr. Scharfenberg, Galileistr. 37/39; Kino „Thalia“; Griebnitzsee „das lokal“ und in der Stadtteilkneipe „Nowawes“.

# Da der RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam  
eMail: DIE.LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de  
Telefon: 0331-2893051, Fax: 0331-2893119

„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

# RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. / 12. Oktober 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 07/09

freiLand +++ Lenneschule +++ Brauhausbergbad

### Mit auf den Weg...

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Oktobersitzung zeigte sich erneut, dass in der nun zwei Stunden später beginnenden Sitzung die StVV nicht in der Lage ist, die umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Es wird wohl zur Normalität werden, dass jeweils am darauffolgenden Montag weiter diskutiert, beraten und beschlossen werden muss, womit sich unsere Befürchtungen bestätigt haben. Unbestritten war das Thema „freiLand“ in der Oktobersitzung der StVV ein herausragendes. Endlich ist es auf Initiative der LINKEN gelungen, für dieses Projekt eine Beschlussgrundlage zu haben, auf der das Projekt realisiert werden kann. Mit dem noch in diesem Jahr durchzuführenden Workshop, der von einem unabhängigen, von der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Jugendorganisationen auszuwählenden Moderator stattfinden wird, kann es gelingen, dass im April 2010 Baustart ist. Bis dahin liegt aber noch ein starkes Stück Arbeit vor uns. Sie können sicher sein, dass wir dranbleiben werden. Ebenso wichtig ist uns, dass die Lenneschule Ganztagschule werden kann.

Unserem entsprechenden Dringlichkeitsantrag – vor allem zur Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel – folgte schließlich eine große Mehrheit der StVV.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL



### Übrigens...

... wird die „gejälte Niemeyer-Variante“ des Brauhausbergbades in die Standortprüfung des neuen Freizeitbades der Landeshauptstadt einbezogen. Da der Oberbürgermeister dies zu Protokoll gab, hatte sich ein entsprechender Antrag der Linksfraktion durch Verwaltungshandeln erledigt. Den obenstehenden Entwurf haben Rlf Jäkel, DIE LINKE, und seine Tochter entwickelt und der Öffentlichkeit präsentiert.

### Geld - Geld - Geld

Auch auf die Landeshauptstadt werden auf Grund steigender Sozialausgaben und sinkender Steuereinnahmen komplizierte Zeiten zukommen, sagte der Bürgermeister zu den Stadtverordneten. Obwohl derzeit noch keinerlei Richtzahlen vom Land vorlägen, würde die Verwaltung versuchen, den Haushaltentwurf für das Jahr 2010 Ende Januar vorzubereiten. In diesem Zusammenhang mahnte der LINKEN-Fraktionsvorsitzende die Haushaltsabschlüsse der Jahre 2007 und 2008 an, die bisher noch nicht vorliegen. „Wir brauchen

einen realistischen Überblick über Soll und Haben“, so Scharfenberg. Dies wies der Oberbürgermeister jedoch zurück und meinte, was hilft uns der Abschluss 2007 und 2008 für die Bewältigung der künftigen Aufgaben. Zum Problem der L 40 informierte der Bürgermeister, dass dieses Investitionsprojekt bis 2013 fertig sein muss. Man arbeite hart an der Schließung der Finanzierungslücke von 4,5 Millionen EURO für den ersten Bauabschnitt. Das Land habe zugesichert, noch einmal 1,2 Mio EURO zur Verfügung zu stellen.





von Ralf Jäkel

### Eigeninitiative und Meinungsfreiheit

Seit mehr als 10 Jahren überlegt Potsdam ohne Ergebnis, wie es ein Erlebnisbad bauen könnte. Die Schwimmhalle Brauhausberg muss bald zu Ende saniert werden, damit sie weiter genutzt werden kann.

In dieser Situation haben meine Tochter und ich in Eigeninitiative einen städtebaulichen Entwurf mit Elementen der Vorplanung für einen Erweiterungsbau Erlebnis-bad zur Schwimmhalle Brauhausberg erarbeitet. Die Ergebnisse haben wir als Planzeichnung und als Modell 1 zu 200 den Stadtwerken, dem Oberbürgermeister und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Erweiterungsbau würde den Schwimmbetrieb auch während der Hallen-sanierung absichern und den Standort dauerhaft stärken.

Täglich erreichen mich Fragen, wann das Bad endlich gebaut werden kann. Prinzipiell ist die Möglichkeit, diesen Standort so entwickeln zu können, nicht bestritten. Daher weiß ich nicht, warum einzelne Personen, die sich selber überhaupt nicht nach dem Plan erkundigt haben, grundlos versuchten, den Vorschlag verächtlich zu machen. Wer selber nichts Besseres zu bieten hat, sollte sich zurück-halten mit unsachlicher und unbegründeter Kritik. Für geäußerte Fragestellungen haben wir Antworten.

Wir erwarten, dass unser Vorschlag in die weitere Entscheidungsfindung zur Zukunft der Schwimmhalle sinnvoll einbezogen wird. Potsdams Stadtzentrum würde durch das Bad bereichert.

(Der Autor ist Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung der StVV)

### freiland

U. a. auf der Grundlage eines LINKEN-Antrags wird das Rahmenkonzept Jugendkultur und das Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „freiLand“ und ihre gesamtstädtischen Folgen im Bereich von Jugendarbeit und Soziokultur vor einer Beschlussfassung im Rahmen einer zeitweiligen Arbeitsgruppe mit verschiedenen Beteiligten und Akteuren diskutiert und inhaltlich abgestimmt werden. Bis Januar 2010 soll ein konsensfähiger Entwurf zu den Rahmenkonzepten entwickelt werden. Dass dies noch ein hartes Stück Arbeit wird, zeigte sich bereits in der Diskussion, als die FDP einen neuen Standort für Jugendarbeit im Gebäude des Frauenhauses in der Zeppelinstraße 189 ins Gespräch brachte, die CDU vor finanziellen Risiken warnte und der Oberbürgermeister darauf reflektierte, dass man genau prüfen müsse, ob Archiv und freiLand finanziert werden können. Die Forderung der LINKEN, den Prozess zu beschleunigen und bereits im Dezember 2009 einen konsensfähigen Entwurf vorzulegen, wurde jedoch abgelehnt.

### Bildende Künste in Potsdam

Auf der Grundlage eines LINKEN-Antrages wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in Konkretisierung und Fortschreibung der kulturpolitischen Leitlinien ein Umsetzungskonzept zur Förderung und Unterstützung der Bildenden Kunst für den Zeitraum der nächsten 5 Jahre zu erarbeiten und im Dezember 2009 der StVV vorzulegen. Dabei soll es um Hilfen für bildende Künstler bei der Teilnahme an zentralen Ausstellungsvorhaben, um Fördermöglichkeiten für zeitgenössische bildende Kunst, Auslobung eines Preises für junge bildende Künstler und die Unterstützung bei der Ansiedlung bildender Künstlerinnen und Künstler gehen. SPD und CDU lehnten jedoch die weitergehende Forderung der LINKEN, wonach den Vereinen Unterstützung beim Marketing für Projekte der Bildenden Kunst gewährt werden soll, ab.

### Unisporthalle

Seit Wochen wird über einen Ersatz für die geschlossene Uni- Sporthalle im Babelsberger Park debattiert. Nun ist die Sportanlage an der Kurfürstenstraße dafür erneut im Gespräch. Bis eine neue Sportstätte für den Uni- Sport in Betrieb gehen

kann, soll die Halle im Babelsberger Park aber weiter genutzt werden können, so ein Antrag der LINKEN. Der Oberbürgermeister soll die Uni bei der Durchführung dazu notwendiger Maßnahmen unterstützen und die Stadtverordnetenversammlung im November über den Stand der Dinge unterrichten. Gemäß dem Antrag der LINKEN soll zudem u. a. die Einräumung eines Erbbaurecht geprüft werden.

### Freiwilliges kulturelles Jahr

Im Februar 2010 muss der OB über das Ergebnis einer Prüfung berichten, unter welchen Bedingungen für die Zeit ab Herbst 2010 in der Landeshauptstadt Stellen für ein freiwilliges kulturelles Jahr in städtischen Kultureinrichtungen konzipiert und beantragt werden können. Karin Schröter, DIE LINKE, hatte diesen Antrag ihrer Fraktion u. a. damit begründet, dass schon heute junge Leute Interesse an einem solchen Einsatz äußern.

### Abgelehnt

In Potsdam wird es keine Sozialanalyse in den Kitas geben. Die LINKE wollte mit einer solchen – im Zusammenwirken mit den freien Kita-Trägern – erstellten Analyse erreichen, dass soziale Schwerpunkte festgestellt werden, um mit Unterstützung der Stadtverwaltung gegensteuern zu können.

### Kein Dauerstatus

Obwohl der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg, eindringlich für den Antrag seiner Fraktion warb, dass geprüft werden soll, ob auf städtischen Grundstücken gelegenen Garagenkomplexen ein Dauerstatus verliehen werden könne, lehnte dies die Mehrheit der StVV mit Verweis auf das gültige Garagenstandortkonzept der Landeshauptstadt ab.

### Bahnübergänge

Obwohl verkehrsplanerisch eine Schließzeitenverkürzung am Bahnübergang Medienstadt richtig wäre, so der Baubeigeordnete, müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Wartezeiten vor der geschlossenen Schranke nur „gefühlte“ lange dauern. Und so wurde der Antrag der LINKEN, in Gesprächen mit der DB AG darauf hinzuwirken, die Schließzeiten an den innerstädtischen Bahnübergängen generell zu verkürzen, abgelehnt.

Da sich die Verwaltung im Bauausschuss zur Verlängerung der Babelsberger Straßenbahnlinie geäußert hatte, wollte Ralf Jäkel, DIE LINKE, noch einmal genau wissen, welche in der Perspektive von Babelsberg-Fontanestraße zum Stern verlängerbare Trasse von der Stadt und den Verkehrsbetrieben nach der Beschlussfassung der StVV vom 4. März 2009 mit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung betrachtet wurden. Der Baubeigeordnete stellte klar, dass die Trassenführung über die Wetzlarer Straße zum Stern gegenüber der Neuendorfer Straße vorgezogen wurde. Dies veranlasste Ralf Jäkel darauf hinzuweisen, dass darüber noch einmal zu reden sein wird.

\*\*\*

Dem Problemkreis „Deutsch als Zweitsprache“ nahm sich Hella Drohla, DIE LINKE, an und befragte die Verwaltung danach, wie gesichert werden kann, dass die betreffenden Kinder mit Migrationshintergrund tatsächlich, wie in der Eingliederungsverordnung festgeschrieben, vier Jahre lang in Deutsch als Zweitsprache unterrichtet werden können. Die Beigeordnete erläuterte, dass im Schuljahr 2009/2010 ein starker Rückgang zu beschulender Kinder mit Migrationshintergrund zu verzeichnen ist, man sich aber dennoch bemühe, den Rechtsanspruch zu gewährleisten. Das Schulamt werde dazu im Bildungsausschuss Stellung nehmen.

\*\*\*

Vor der Sporthalle der Waldorfschule in der Erich-Weinert-Straße sind in den 90er Jahren drei Baumscheiben eingerichtet worden, die jedoch nie bepflanzt worden sind. Andererseits besteht in diesem Bereich großer Mangel an Parkplätzen. Und so fragte Hans-Jürgen Scharfenberg nach, was gegen die Umwandlung dieses Bereiches in Parkplätze spräche. Der zuständige Beigeordnete bedankte sich für die Frage, die zu einer Überprüfung der Situation vor Ort geführt habe. In deren Ergebnis werde der Bereich in eine Parkfläche umgewandelt, da auf Grund der Mediensituation die ursprünglich vorgesehene Baumpflanzung nicht möglich ist.

\*\*\*

Bekanntermaßen bietet das städtische Unternehmen Pro Potsdam auch Wohnraum zu Mieten an, die den gültigen Mietspiegel übersteigen. Dieses Vorgehen wirkt auch für das Umfeld preissteigernd. Deshalb fragte Karin Schröter, DIE LINKE, nach, welche Auffassung der Oberbürgermeister dazu in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender und Gesellschafter des städtischen Wohnungsunternehmens vertrete. Die Sozialbeigeordnete klärte auf, dass „die statistische Übersicht über die ortsübliche Miete“ nicht bindend sei für Investitionen. Wenn Wohnungen neu gebaut werden, müssen sie marktüblich kalkuliert werden. Das gilt auch für Pro Potsdam. Aber, so Elona Müller, wir müssen auch Möglichkeiten für sozialen Wohnungsbau finden. Auf Nachfrage von Karin Schröter konnte die Beigeordnete es „so nicht bestätigen“, dass Pro Potsdam im Durchschnitt preislich über dem Angebot anderer Wohnungsunternehmen liege. Die weitere Nachfrage von Karin Schröter, ob der Verwaltung für eine solche Behauptung Zahlen zur Verfügung stünden, verneinte die Beigeordnete, meinte aber, dass ihre Aussage auf Erfahrungswerten, wenn beispielsweise die Verwaltung selbst tätig wird, um entsprechenden Wohnraum zu vermitteln, beruhe.

\*\*\*

Eltern schulpflichtiger Grundschüler der Pappelhain-Schule und ältere Anwohner der angrenzenden Straßen im Wohngebiet bemängeln die Kürze der Grünphase der Ampel im Kreuzungsbereich Neuendorfer Straße/Lilienthalstraße/Ziolkowskistraße. Grund für Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, nachzufragen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, die Fußgängergrünphase dieser Ampel zu verlängern. Der Baubeigeordnete sagte, dass dies auf Grund der Anfrage geprüft wurde und nunmehr eine Verlängerung von derzeit 9 Sekunden auf 11 Sekunden erfolge. Die Straße sei dort 10,50 m breit, normalerweise gehe man davon aus, dass 1,2 Meter in der Sekunde geschafft werden, dies wäre schon bei 9 Sekunden der Fall. Mit 11 Sekunden reiche dies dann ganz sicher auch für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen aus.

\*\*\*

Voraussichtlich im Januar 2010 wird der erste Pflegestützpunkt in Potsdam eröffnet. Dies teilte die Beigeordnete auf Anfrage von Jana Schulze, DIE LINKE, mit. Er werde sich auf dem Gelände der Stadtverwaltung – dort, wo das Sozial- und Gesundheitsamt angesiedelt ist – befinden. Diese Entscheidung wurde aus Kostengründen getroffen, so können Mieten und Personalkosten eingespart werden.

\*\*\*

Es ist unglaublich, was die Verwaltung alles macht, sagte der zuständige Beigeordnete auf die Frage von Jana Schulze, wann die jährliche Grundreinigung des Hirtengrabens im Kirchsteigfeld erfolge. So finden tatsächlich jährliche Grundreinigungen statt, im Mai 2009 erfolgte eine ordnungsgemäße Erhaltungsmaßnahme und in der 39. Kalenderwoche wurde die Solkrautung vorgenommen. Das Problem sei jedoch komplexer und werde die Verwaltung weiter beschäftigen, da der Graben keine Quelle mehr besitze.

\*\*\*

Einen Grünpfeil kann es auf der Rechtsabbiegerspur vom Brauhausberg zur Heinrich-Mann-Allee leider nicht geben, sagte die zuständige Beigeordnete auf die entsprechende Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg. Dies liege daran, dass ein



Grünpfeil nur dort angebracht werden könne, wo der rechtsabbiegende Verkehr Fußgänger und Radfahrer genau sehen kann. An dieser Stelle ist Fahrradfahren jedoch in beide Richtungen erlaubt, so dass eine Verkehrsgefährdung nicht ausgeschlossen werden könne.